C11

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **Demokratie**

Text

Dortmund ist mehr als eine Großstadt. Es ist ein Ort der Vielfalt, des Zusammenhalts und des Miteinanders von über 600.000 Menschen. Jede einzelne dieser Stimmen trägt dazu bei, wie unsere Stadt aussieht, wie sie erlebbar ist und wohin sie sich entwickelt. Eine lebendige Demokratie braucht Menschen, die mitdenken, mitreden und mitgestalten wollen. Doch noch immer bleiben viele Stimmen ungehört. Junge Menschen, Menschen mit Einschränkungen, Menschen ohne akademische Bildung und viele mit internationaler Geschichte sind in politischen Entscheidungen nicht ausreichend repräsentiert.

Wir wollen das ändern. Demokratie darf kein exklusiver Raum sein. Sie muss für alle offenstehen, verständlich sein, zugänglich sein. Ob im Quartier, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im digitalen Raum, überall braucht es Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitentscheidung. Dafür setzen wir uns in Dortmund ein. Wir wollen Beteiligung neu denken, bestehende Formate weiterentwickeln und neue Wege gehen, um möglichst viele Menschen mitzunehmen. Denn wer hier lebt, soll auch mitreden können!

Denn Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie lebt von einer aktiven und informierten Gesellschaft. Um demokratische Werte zu schützen und ihre Bedeutung zu vermitteln, braucht es Aufklärung, um die demokratischen Prinzipien in Zeiten von wachsendem Populismus und Fake News immer wieder zu stärken.

Unsere Stadt ist so stark wie die Stimmen, die in ihr gehört werden – deshalb verteidigen wir die Demokratie jeden Tag.

Für demokratische Beteiligung

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule der Demokratie. Es stärkt den sozialen Zusammenhalt, ermöglicht gesellschaftliche Mitbestimmung und fördert die Identifikation mit der eigenen Stadt. Gleichzeitig ist es für viele soziale, kulturelle und ökologische Projekte unverzichtbar.
Bürger*innenbeteiligung darf dabei nicht nur für eine kleine Gruppe Engagierter zugänglich sein. Oft sind es dieselben Stimmen, die in Prozessen gehört werden, während viele andere außen vor bleiben. Wir wollen Beteiligungsformate ausweiten, um mehr Menschen einzubeziehen. Dazu zählen auch Menschen mit Behinderung, die durch Barrierearmut und verständliche Texte beteiligt werden müssen. Jungen Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich niederschwellig politisch einzubringen. So können wir insgesamt auch daran arbeiten, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und damit Menschen für demokratische Wahlen zu mobilisieren. Auch Vereine, Verbände und Organisationen sind zentrale Akteure der Demokratie. Sie ermöglichen politische Bildung, gesellschaftliches Engagement und gemeinschaftlichen Austausch. Beiräte sind wichtige Schnittstellen zwischen Bürger*innen und Verwaltung und müssen über ihre beratende Funktion hinaus gestärkt werden.

Deswegen werden wir

- Dortmund zur führenden Engagement-Stadt im Ruhrgebiet machen, indem wir freiwilliges Engagement strukturell stärken und besser fördern.
- eine große städtische Kampagne zu Demokratie und Vielfalt initiieren, die Beteiligungsformate aufzeigt und zur Teilnahme motiviert.
- bestehende Beteiligungskonzepte weiterentwickeln.
- moderne, digitale und transparente Beteiligungsplattformen entwickeln, die mehr Menschen eine Teilnahme ermöglichen, sowie uns für die Einführung eines digitalen E-Petitionssystem mit Mitzeichnungsfunktion nach Vorbild des Deutschen Bundestages für die Stadt und die Stadtbezirke einsetzen.
- ein Partizipatives Budget im städtischen Haushalt bereitstellen, für die Förderung
  von Projekten, welche direkt von Bürger*innen, Initiativen und Vereinen beantragt werden können.
- Bürgerforen, Bürgerräte, Quartierslabore und mehr direkte, frühzeitige Bürgerbefragungen ermöglichen.
- ein städtisches Konzept zur Unterstützung von Engagement in Stadtteilen, Vereinen und Initiativen entwickeln.

- bestehende Bürgerinitiativen gezielt fördern und als Vorbilder hervorheben.
- das Ehrenamt besser vernetzen und stärken.
- den Zugang zu Sitzungen, Dokumenten und Informationen barrierefrei gestalten.
- das behindertenpolitische Netzwerk aufwerten und es als starke Stimme für Menschen mit Einschränkungen in der Politik etablieren, um sicherzustellen, dass ihre Interessen stärker berücksichtigt werden.
- Gebärdendolmetscher*innen in weiteren politischen Sitzungen einsetzen.
- Leichte Sprache in Beteiligungsformaten einsetzen.
- gezielt Menschen aus der Zivilgesellschaft einbinden, um die Zusammensetzung der Beiräte diverser zu gestalten.
- die politischen Beiräte wie den Seniorenbeirat, den Integrationsrat, das behindertenpolitische Netzwerk, den Beirat der unteren Naturschutzbehörde stärken und mit mehr Rechten ausstatten.
- den Klimabeirat erhalten und stärken und einen beratenden Platz für den Klimabeirat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) vorsehen.
- prüfen, wie das politische Gewicht der Beiräte erhöht werden kann und dazu auch die Wahl der Beiratsmitglieder in den Blick nehmen.
- zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Dortmunder Frauenverbände im Gleichstellungsausschuss beratend hinzuziehen.
- neue Beteiligungsformate wie Jugendbürgerräte, Schüler*innenparlamente und ein Kinder- und Jugendparlament schaffen.
- einen Jugendbeirat schaffen, der junge Menschen in die Stadtpolitik einbindet.
- neue Formate für Mitbestimmung in Jugendzentren und Vereinen fördern.
- eine städtische Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung umsetzen, die gezielt Gruppen mit geringer Wahlbeteiligung anspricht.

- mehrsprachige Informationen und Wahlanleitungen bereitstellen und in der Wahlbenachrichtigung mehrsprachig auf diese Angebote hinweisen.

- niedrigschwellige Motivationsmaßnahmen wie „I Voted“-Sticker oder Rabatte für Wähler*innen testen.

Für demokratischen Zusammenhalt

Demokratie lebt davon, dass alle Menschen frei, sicher und gleichberechtigt an ihr teilhaben können. Doch viele Dortmunder*innen erleben täglich Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung – daher braucht es eine konsequente Förderung und Absicherung von Beratungsstellen, die diesen Menschen helfen und sie unterstützen. Außerdem funktioniert Demokratie nur dann, wenn politische Entscheidungen nachvollziehbar sind und alle Menschen Zugang zu relevanten Informationen haben. Auch politische Bildung und interkultureller Austausch sind essenziell, um demokratische Werte zu fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Denn Demokratie muss früh vermittelt werden. Wer von klein auf erfährt, was Mitbestimmung bedeutet, wird auch als Erwachsene*r demokratische Werte leben und verteidigen. Aber auch Erwachsene müssen befähigt werden, politische Prozesse kritisch zu hinterfragen und sich gegen Manipulation zu wehren, gerade in Zeiten von Fake News, gezielter Desinformation und demokratiefeindlicher Hetze. Nicht zuletzt ist die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Wer sich bewusst mit der Geschichte auseinandersetzt, versteht die Bedeutung demokratischer Werte und erkennt frühzeitig autoritäre und rechtsextreme Tendenzen.

Wir werden

- bestehende Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus langfristig finanzieren und gezielt ausbauen, um schnelle und wirkungsvolle Unterstützung sicherzustellen.

- Demokratieförderprogramme stärken und weiterentwickeln, um Vereine, Organisationen und ehrenamtliche Initiativen in ihrem Einsatz für eine offene und diverse Gesellschaft zu unterstützen.

- eng mit Schulen, Jugendzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, um rassistische und antisemitische Vorfälle frühzeitig zu erkennen und dagegen vorzugehen.

- die Information über kommunalpolitische Prozesse durch ein. benutzer*innenfreundliches Ratsinformationssystem verbessern, damit

politische Entscheidungen, Anträge und Beschlüsse leichter zugänglich und nachvollziehbar sind.

- politische Entscheidungen und ihre Umsetzung (Beschluss- und Umsetzungsverfolgung) in einer modernen Online-Plattform für Bürger*innen verständlich aufbereiten, zum Beispiel auf einer interaktiven Karte für Straßen- oder Infrastrukturprojekte und diese Plattform auch in der Dortmund-App implementieren.

- GIS-Daten (Geoinformationssysteme) als Open Data transparent bereitstellen, um eine breitere Nutzung durch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerinitiativen zu ermöglichen und die Darstellung von GIS-Daten auch für Bürger*innen ohne politisches Mandat verständlich und nachvollziehbar aufbereiten.

- Begegnungsorte und kulturellen Bildungsangebote gezielt fördern und ausbauen, um Vorurteile zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

- bestehende Einrichtungen wie Mondo Mio als Orte der politischen Bildung und interkulturellen Begegnung erhalten und weiterentwickeln.

- neue Formate schaffen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven ins Gespräch kommen können.

- das Konzept „Demokratie-Kita“ fördern, damit Kinder früh Mitbestimmung erleben und demokratische Werte praktisch kennenlernen.

- den Schulunterricht zur Demokratieförderung um Workshops und interaktive Formate ergänzen, die politische Teilhabe und Meinungsbildung fördern.

- gezielte Angebote zur politischen Erwachsenenbildung ausbauen, darunter Informationsveranstaltungen, Medienkompetenz-Schulungen und Argumentationstrainings gegen Fake News und Propaganda sowie Angebote zur Förderung eines mündigen und kritischen Umgangs mit KI-generierten Inhalten und sozialen Medien.

- Bildungsprogramme gegen Rechtsextremismus stärken, um demokratiefeindlichen Ideologien aktiv entgegenzuwirken.

- neue Formate für politische Bildung gezielt für Kinder und Jugendliche schaffen.

- mit gezielten Initiativen gegen Hetze und Fake News die Manipulationen von Demokratiefeinden aufdecken und darüber aufklären.

- die Gedenkarbeit in Dortmund weiter ausbauen und sicherstellen, sodass die historische Erinnerung Teil des gesellschaftlichen Diskurses bleibt.

- neue, interaktive Gedenkformate entwickeln, die insbesondere junge Menschen ansprechen und sie zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte motivieren.

- Schulen und Bildungseinrichtungen gezielt dabei unterstützen, Projekte zur Aufarbeitung der NS-Zeit und zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus umzusetzen.

- darauf hinwirken, dass jedes Schulkind einmal in der Schullaufbahn eine KZ-Gedenkstätte oder andere Gedenkorte zu den Gräueltaten des Nationalsozialismus besucht.

Für klare Kante gegen Rechts

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind eine direkte Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. In Dortmund gibt es eine aktive rechtsextreme Szene, die immer wieder durch Aufmärsche, Hetze und Gewalt auffällt. Doch Dortmund ist auch eine Stadt, in der sich viele Menschen für Demokratie, Vielfalt und ein friedliches Miteinander einsetzen. Wir stehen fest an ihrer Seite und setzen uns für eine Stadtgesellschaft ein, die sich klar gegen rechts positioniert.

Dabei ist es nicht nur der klassische Neonazismus, der unsere Demokratie bedroht. Die AfD hat sich in den letzten Jahren immer weiter radikalisiert und ist heute eine Partei, die gezielt Hass schürt, rassistische Hetze betreibt und demokratische Institutionen angreift. Sie verharmlost den Nationalsozialismus, verbreitet Verschwörungserzählungen und ist mit ihrer Rhetorik eine geistige Brandstifterin für rechtsextreme Gewalt. Ihre Strategie ist es, gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und das Vertrauen in demokratische Prozesse zu zerstören.

Rechtsextremismus beginnt nicht erst bei offener Gewalt, sondern bereits dort, wo Menschen gegeneinander ausgespielt, demokratische Werte in Frage gestellt und Hass als politische Strategie genutzt wird. Deshalb kämpfen wir nicht nur gegen die rechtsextreme Szene auf der Straße, sondern auch gegen diejenigen, die diese Ideologie in die Parlamente tragen.

Um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen, braucht es ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, eine gut vernetzte Präventionsarbeit und eine konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten. Gleichzeitig müssen wir alle Formen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – auch in staatlichen Strukturen – benennen und bekämpfen. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die klar Position gegen rechts bezieht – auf der Straße, in den Parlamenten und in der gesamten Gesellschaft.

Daher werden wir

- die Zusammenarbeit mit der AfD weiterhin verhindern, indem wir von allen demokratischen Parteien in Dortmund fordern, unserem Beispiel zu folgen und sich klar von der AfD und ihrer menschenverachtenden Politik zu distanzieren, da ihre Rhetorik Hass schürt, die Gesellschaft spaltet und die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert.

- zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, finanziell und strukturell unterstützen.

- die Vernetzung dieser Gruppen verbessern, um ein starkes demokratisches Netzwerk zu schaffen.

- langfristigere Rahmenverträge für demokratiefördernde Projekte einführen, um eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

- die Runden Tische gegen Rechts stärken, indem wir die bestehenden Runden Tische gezielt fördern und finanziell absichern, die in einzelnen Stadtteilen Vereine, Organisationen, Kirchen und engagierte Einzelpersonen zur Arbeit gegen rechtsextreme Strukturen zusammenbringen und uns dafür einsetzen, dass in möglichst allen Stadtteilen Runde Tische gegründet werden und die Vernetzung verbessern.

- eine breite öffentliche Debatte über institutionellen Rassismus in Dortmund anstoßen, da er sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zeigt, von Ungleichbehandlung in Behörden bis hin zu diskriminierenden Praktiken bei Polizei und Verwaltung.

- Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte in der Verwaltung zum Komplex institutioneller Rassismus verpflichtend einführen.

- von der Landesregierung fordern, das Thema institutioneller Rassismus in die Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamt*innen aufzunehmen.

- eine lückenlose Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und ihrer Verflechtungen mit der Dortmunder Neonazi-Szene fordern, da die Hintergründe am Mord an Mehmet Kubaşık immer noch nicht vollständig aufgeklärt sind.

- darauf hinwirken, dass Polizei und Justiz mögliche Helfer*innen des NSU in Dortmund identifizieren und strafrechtlich verfolgen.

- Polizei und Justiz auffordern, rechte Gewalt konsequenter zu verfolgen und Täter*innen schneller zur Verantwortung zu ziehen.

- gewaltfreie Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche aktiv unterstützen und fördern, da die Stadtgesellschaft in den letzten Jahren ihre Wehrhaftigkeit gegen Neonazi-Aufmärsche gezeigt hat.

- alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Aufmärsche und Aktionen der Nazis zu verhindern.

- insbesondere Sitzblockaden und andere friedliche Protestformen gegen rechtsextreme Demonstrationen unterstützen.

- sicherstellen, dass Gegendemonstrant*innen vor rechtsextremen Angriffen geschützt werden, sie nicht kriminalisiert werden und ihre Demonstrationen nicht durch überzogene Polizeimaßnahmen behindert werden.

- den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus stärken, der vor zehn Jahren auf Antrag der GRÜNEN ins Leben gerufen wurde und sich als wirksames Instrument gegen Rechts erwiesen hat, indem wir ihn kontinuierlich weiterentwickeln, neue Schwerpunkte setzen, da sich die Bedrohung durch Rechtsextremismus verändert hat und die Öffentlichkeitsarbeit rund um den Aktionsplan verstärken, um mehr Menschen für den Kampf gegen Rechts zu mobilisieren und die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen und bei Bedarf ausweiten.

- die Beratung für Opfer und Aussteiger*innen der rechten Szene stärken, indem wir Beratungsstellen wie BackUp-ComeBack dauerhaft finanziell absichern, da sie essenziell für die Opfer rechter Gewalt und für eine erfolgreiche Präventionsarbeit sind und die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt sowie für Aussteiger*innen aus der Szene gezielt ausbauen.

- die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie stärken, indem wir sie personell und finanziell stärken, damit sie ihre Arbeit in der Beratung, Vernetzung und Entwicklung von Handlungsstrategien noch effektiver leisten kann und den Fokus der Koordinierungsstelle auf

Vernetzung und strategische Planung ausweiten, um zivilgesellschaftliches Engagement effektiver zu bündeln.